

Stand: 09.02.2026 10:19:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15593

"Der ewige Streit ums Gymnasium: Entscheidungen müssen her!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15593 vom 21.02.2017
2. Beschluss des Plenums 17/15724 vom 22.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 22.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Der ewige Streit ums Gymnasium: Entscheidungen müssen her!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine Entscheidung bezüglich des neuen Lernzeitangebots am bayerischen Gymnasium zu fällen und jede weitere Verzögerung unbedingt zu vermeiden. Gleichzeitig darf die politische Diskussion nicht weiter als reine Formdebatte geführt werden, sondern muss sich endlich auch mit Inhalten in Form eines pädagogischen Gesamtkonzepts füllen.

Insbesondere der Umgang mit durchfallenden Schülerinnen und Schülern in der Umstellungsphase, eine pädagogisch-didaktisch sinnvolle Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler, welche die Gymnasialzeit in 8 Jahren absolvieren möchten, eine entsprechende Umgestaltung des Lehrplans und der Stundentafeln sowie der Ausbau von Lehrerstellen und die staatliche Unterstützung der Kommunen bei der Raum- und Gebäudeplanung müssen in jedem Fall berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Diskussion um das bayerische Gymnasium scheint kein Ende zu nehmen. Die öffentliche und politische Diskussion, wie sie heute aber größtenteils geführt wird, scheint den Blick für das Wesentliche immer weiter zu versperren: Eine von allen Seiten akzeptierte Form des Gymnasiums lässt sich nur unter Einbezug der wesentlich wichtigeren Frage nach der Funktion und den Inhalten des zukünftigen Gymnasiums entwickeln. Andernfalls werden wir viel schneller, als uns dies womöglich lieb ist, weitere Unruhe statt der versprochenen Ruhe am Gymnasium

vorfinden – nämlich spätestens dann, wenn alle Beteiligten feststellen, dass sich außer einem zusätzlichen Jahr nichts verändert hat. Wie wesentlich eine enge Verzahnung von Inhalt und Form ist, lässt sich mit einem einfachen Beispiel verdeutlichen: So wird beispielsweise kein Architekt ein Gebäude entwerfen, ohne sich nicht auch Gedanken um dessen Funktion zu machen, er wird kein Gebäude bauen lassen, ohne wenigstens eine Vorstellung davon zu haben, mit welchen Inhalten er dieses füllen möchte. Kein verantwortungsbewusster Unternehmer wird ein Unternehmen gründen wollen, ohne sich um die Entwicklung eines Businessplans zu kümmern. Die aktuelle Diskussion um das bayerische Gymnasium nimmt jedoch groteske Züge an. So scheint die derzeitige Debatte allein dem Prinzip „Form vor Inhalt“, nicht dem Prinzip „Form und Inhalt“ zu folgen. Die Diskussion bezüglich der Dauer des bayerischen Gymnasiums kann jedoch nicht allein als Frage der äußeren Form behandelt werden, sondern muss neben formalen Strukturdebatten endlich auch mit pädagogisch-didaktischen Inhalten gefüllt werden.

In den letzten Monaten wurden die Gräben zwischen G8-Gegnern und G8-Befürwortern immer tiefer: Dieser Streit hat einige Vertreter der Staatsregierung angesichts der viel einfacher in die Öffentlichkeit zu kommunizierenden Frage „G9, ja oder nein?“ offensichtlich vergessen lassen, um was es wirklich geht: Nämlich die zentrale Funktion der Schule, Schülerinnen und Schüler zu selbstbestimmten, wissbegierigen und verantwortungsbewussten jungen Menschen zu erziehen. Angesichts der Tatsache, dass wir es hierbei mit einer der schwierigsten Aufgaben überhaupt zu tun haben, scheint es nur allzu einfach, Defizite des Gymnasiums allein auf dessen äußere Form zu beziehen. Dass sich aber hierdurch Probleme nicht einfach in Luft auflösen werden, wird sich spätestens dann zeigen, wenn sich auch nach der angekündigten formalen Reform des Gymnasiums außer einem zusätzlichen Schuljahr wenig verändern wird. Diese Gefahr einer inhaltslosen Strukturreform gilt es in jeden Fall zu verhindern.

Gehen wir davon aus, dass das neue Lernzeitangebot womöglich zum Schuljahr 2018/2019 kommen wird, so bleibt der Staatsregierung jetzt noch die nötige Zeit, die bisher vernachlässigten Inhaltsfragen zu klären, um das Gymnasium formal und inhaltlich so zu strukturieren und zu gestalten, sodass hier ein zukunftsrichtiges und nachhaltig erfolgreiches Modell entsteht, das eben nicht innerhalb kürzester Zeit wieder neuer Kritik ausgesetzt wird. Die Diskussion um das bayerische Gymnasium muss nun endlich zum

Ende kommen. Hierzu bedarf es schnellstmöglich einer klaren Aussage bezüglich des neuen Lernzeitangebots mit all seinen Implikationen und Konsequenzen, wie dem Umgang mit durchfallenden Schülerinnen und Schülern, einer entsprechenden Anpassung des Lehrplans sowie der Studentenfamilie usw. Dies

gelingt letztendlich nur, wenn man die zukünftige Gestalt des Gymnasiums aus einem pädagogisch-inhaltlichen Gesamtkonzept heraus entwickelt, das den Herausforderungen der Schülerinnen und Schüler in ihrer zukünftigen Lebens- und Berufswelt in angemessener Weise Rechnung trägt.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.Dr. Michael Piazolo, Günther Felbinger, Prof.(Univ.Lima)Dr.Peter Bauer, Dr.Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/15593

Der ewige Streit ums Gymnasium: Entscheidungen müssen her!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Margit Wild

Abg. Thomas Gehring

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Otto Lederer

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Abg. Martin Güll

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Der ewige Streit ums Gymnasium: Entscheidungen müssen her! (Drs. 17/15593)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,

Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

G9 sofort einführen - Masterplan zur Einführung des 9-jährigen Gymnasiums

vorlegen (Drs. 17/15595)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidung für G 9 neu jetzt fällen - Pädagogisches Konzept entwickeln

(Drs. 17/15597)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erstem für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Prof. Dr. Piazolo das Wort erteilen. – Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen hier im Raum, ruhiger zu sein. Bitte führen Sie die Gespräche draußen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle zwei, drei Wochen treffen wir uns an der gleichen Stelle und reden über das neunjährige Gymnasium. Es ist beinahe schon ein G-9-Gipfel. Nach jedem Treffen gibt es mehr Befürworter. Wir, die FREIEN WÄHLER, haben damals mit dem Volksbegehrten als Erste eine Wegmarke in Richtung neunjähriges Gymnasium gesetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also bitte!
Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Heute ist es ein ganzer Schilderwald: Der BLLV, die SPD, der Philologenverband und die GRÜNEN sind beim neunjährigen Gymnasium. Gestern hat sich auch der DGB dazu geäußert. Der Städtetag, der Landkreistag, die Eltern, die Direktoren und selbst die Junge Union wollen das neunjährige Gymnasium. Beinahe alle sind versammelt. Nur noch der Minister und die Fraktion sind auf dem Holzweg und warten auf den Förster, um den Dialogprozess fortzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist der Wahnsinn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, es ist nun an der Zeit zu entscheiden. Alle Fakten sind auf dem Tisch. Jetzt heißt es: entscheiden. Der Herr Minister hat im Oktober selber gesagt – dazu liegt mir die Presseerklärung vor –: Die Entscheidung fällt zum Jahreswechsel. Aber der Jahreswechsel ist schon eine ganze Weile her. Sehr geehrter Herr Minister, offenbar haben Sie den Jahreswechsel verschlafen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es geht aber nicht nur um die Struktur. Es geht nicht nur um G 8 oder G 9. Die Weiche, die Sie gestellt haben, steht seit 14 Jahren auf G 8. Nun werkeln Sie nur an der Weiche herum. Das ist zu wenig. Es muss auch um Inhalte gehen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Eisenbahn!)

– Na klar bin ich bei der Eisenbahn! – Sie müssen sich aber auch über Züge, die Zugausstattung, das Tempo, den Zugführer und die Fahrgäste Gedanken machen. Lediglich die Weiche zu stellen, genügt nicht.

Sehr geehrter Herr Minister, es gibt folgende offenen Fragen: Was geschieht mit der Mittelstufe Plus? – Keine Antwort. Was geschieht mit dem von Ihnen eingeführten Flexijahr? – Keine Antwort. Was geschieht mit den mindestens 20 %, die eigentlich ein achtjähriges Gymnasium wollten? – Keine Antwort. Was geschieht mit denen, die bei einem Wechsel vielleicht durchfallen? – Keine Antwort. Was passiert, wenn es einen Leer-Abi-Jahrgang gibt, bei dem niemand Abitur schreibt? Was passiert dann? Was passiert mit der zweiten Fremdsprache? – Keine Antwort. Wie viele Wochenstunden werden Sie im neunjährigen Gymnasium einführen? – Keine Antwort. Welche Inhalte kommen? – Keine Antwort. Sie sind einfach ein Minister ohne Antworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wenn er es halt nicht weiß!)

Das ist das Problem. Ich möchte nun einen weiteren Punkt ansprechen. Was ist mit dem LehrplanPLUS? – Sie haben seit vielen Jahren einen neuen Lehrplan für das achtjährige Gymnasium entwickelt. Genau jetzt, da Sie diesen LehrplanPLUS am achtjährigen Gymnasium einführen wollen, schaffen Sie es ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU: Die Bürger von Schilda waren im Vergleich zu Ihnen Waisenknaben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist genau so, wie wenn jemand einen Urlaub am Meer plant, die Badehose einpackt und sich dann dazu entschließt, in die Berge zu fahren. Dort merkt man dann plötzlich, dass man keine Schneeketten dabei hat, und ist überrascht, dass man ins Rutschen kommt. Bei Ihnen sind das Gymnasium und die Reform des Gymnasiums ins Rutschen geraten.

Herr Spaenle, Sie sagten noch im November in Ihrer Pressekonferenz und in der Pressemitteilung: Das Gymnasium, egal, wie es sein wird, werden wir von acht Jahren aus denken. Das ist fest, haben Sie gesagt, das ist die Entscheidung, das Gymnasium

wird von acht Jahren gedacht. – Jetzt wollen Sie ein neunjähriges Gymnasium einführen, das Sie von acht Jahren aus denken. Da muss ich sagen: Das ist Karneval pur, das ist wirklich Blödsinn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle: Das ist irre!)

– Ja, es ist wirklich irre. Sie sagen der Presse, die einzige Entscheidung, die feststeht, ist die, dass Sie das Gymnasium in acht Jahren denken.

(Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle: Von acht Jahren!)

– Ja, von acht Jahren aus denken. – Dann hört man aus der CSU-Fraktion, dass die Entscheidung in Richtung neunjähriges Gymnasium gefallen ist. Da macht man sich wirklich Gedanken. Was ist da noch los?

Wir brauchen eine Bildungspolitik mit Maß und Ziel. Die CSU ist in der Bildungspolitik beim Gymnasium ohne Kompass. Ich lese Ihnen nur vor: Zuerst Flexijahr; dann hieß es in der Regierungserklärung 2013: Ruhe am Gymnasium! Dann wurde die Mittelstufe Plus eingeführt, dann hat man mit der Wahlfreiheit gespielt, dann möchte man das neue Gymnasium vom achtjährigen aus denken, und jetzt ist man auf dem Weg zum neunjährigen. – Was wollen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Gelenkklassse!)

– Ja, die Gelenkklassse habe ich vergessen. Danke schön. Es ist mir egal – ganz offen gesagt –, wie Sie mit der Kanzlerin umgehen und dass Sie Ihre eigene Union im Moment zerlegen. Das ist mir wurscht. Mir ist in dem Fall auch wurscht, wie Sie die nächste Bundestagswahl gestalten wollen. Was mir aber nicht wurscht ist, was mir nicht egal ist, das ist die Bildungspolitik hier im Lande. Dafür stehen wir FREIE WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dafür kämpfen wir seit acht Jahren. Wir haben ein erfolgreiches Volksbegehren gegen die Studiengebühren gestartet, wir haben ein Volksbegehren in Bezug auf die Wahlfreiheit für ein neunjähriges Gymnasium gemacht. Deshalb ist es mir hier nicht egal, was Sie machen. Ich sage Ihnen deshalb: Entscheiden Sie schnell, entscheiden Sie im Sinne der Schüler und der Eltern, und machen Sie endlich Nägel mit Köpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, bevor ich in der Rednerliste fortfahre, darf ich Sie, damit wir das dann zeitlich alles hinbekommen, darüber informieren, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum letzten Dringlichkeitsantrag – darin geht es um die Abschiebungen nach Afghanistan – namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich wollte diese Information noch durchgeben. – Jetzt, bitte schön, Frau Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Das schlanke Konzept des G 8 macht die bayerischen Jugendlichen fit für die Zukunft", so jubelte damals, im Jahre 2003, das CSU-Organ "Bayernkurier". Landauf, landab sind dann die Kollegen und Kolleginnen der CSU herumgezogen und haben für dieses wunderbare G 8 geworben: "Es macht die Jugendlichen so fit für den Beruf, die Wirtschaft wünscht sich das, die kürzere Schulzeit ist unheimlich toll." Und im Übrigen, was die Kolleginnen und Kollegen von der CSU sonst nicht tun, haben sie damals gesagt: Die anderen Bundesländer machen es ja auch so. Aber jetzt, nach fast eineinhalb Jahrzehnten, muss man einfach einmal feststellen, dass dieses G 8 nicht das Erfolgsmodell geworden ist, wie man es sich gewünscht hätte.

(Beifall bei der SPD)

Sprechen wir doch mal mit den jungen Menschen, die das Abitur in der Tasche haben und sich fragen: Was mache ich denn jetzt? Wer bin ich denn jetzt? Kann ich schon studieren? – Viele, viele Fragezeichen. Wenn etwas nicht von Erfolg gekrönt ist, wenn

man Fehler gemacht hat, wenn es Widerstand gegeben hat, wenn es Protest gegeben hat, dann muss auch eine CSU einmal in der Lage sein zu sagen: So, bitte schön, wir haben das verstanden, das G 8, wie es bisher gelaufen ist, ist im Prinzip nicht mehr zu retten.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns doch an – der Kollege Piazolo hat es vorhin so wunderbar gemacht –, welche Versuche unternommen wurden: diese Gelenkklassen – ich glaube, sie wurde damals von der Kollegin Renate Will so eingeführt –, dann die Mittelstufe Plus, dann hat man da ein bisschen verkürzt und dort ein bisschen verkürzt. Da stellt man fest: Im Prinzip kann man etwas, was schon von Anfang an vermurkst" ist, letztendlich auch mit vielen Pflastern nicht mehr heilen.

In der breiten Liste der Unterstützer einer längeren Schulzeit erkennt man ein Bündnis kompetenter Fachfrauen und Fachmänner: Da sind der Philologenverband, die Direktorenvereinigung, die Landeselternvereinigung, der Landesschülerrat, der Bayerische Landkreistag, der DGB. Man muss einfach einmal sagen: Hier ist eine Kehrtwende nötig. Man muss auch einmal die Chance für einen kompletten Neuanfang ergreifen und das bayerische Gymnasium so aufstellen, dass es den Schülerinnen und Schülern auch guttut, dass vertieftes Lernen möglich ist und dass es möglicherweise Überholspuren gibt für diejenigen, die dazu in der Lage sind, sie zu nutzen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die CSU sollte einmal auch auf ihre Jugend hören. Ich glaube, Herr Reichhart ist im Augenblick nicht da. Da hat die JU ein einziges Mal eine grandiose Idee und äußert sich. Ich muss sagen: Recht haben die JUler. Das sage ich jetzt nur einmal. Aber da finde ich sie klasse. Da hätte ich gesagt: Herr Spaenle, das ist doch ein Signal von Ihrer Jugend, das Sie einfach aufgreifen könnten. Sie hätten dann sagen können: Ich mache jetzt eine klare Ansage. Aber offensichtlich sind Sie so in der Zwickmühle der Fraktion, und jetzt schnappt sich wahrscheinlich der Herr Ministerpräsident Seehofer

dieses Thema. Wo bleiben Sie, Herr Minister? – Ich mache mir schon ein bisschen Sorgen um Sie.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Also, Herr Minister Spaenle, wir erwarten von Ihnen eine ganz klare Ansage. Sie müssen erkennen: Das G 8 will so niemand haben. Also müssen Sie die gymnasiale Bildung reformieren. Lassen Sie uns gemeinsam eine Debatte führen, und kämpfen wir für das Gymnasium der Zukunft!

(Beifall bei der SPD)

Wir von der SPD haben ganz klare Forderungen erhoben. Wir wollen die Entscheidung jetzt. Wir wollen einen Start zum Schuljahr 2017/2018. Das ist mit der 5. Klasse gut möglich. Damit kann man im Schuljahr 2017/2018 anfangen. Das gibt den Eltern Planungssicherheit. Die müssen das schließlich wissen; denn jetzt sind die Beratungsgespräche. Ich finde, schon allein aus diesem Grund muss man jetzt eine klare Entscheidung treffen. Die Zeit, die im Schuljahr 2017/2018 verbleibt, kann man unheimlich gut für Bildungskonferenzen nutzen.

Ich verwende bewusst nicht das Wort "Dialog". Dieses Wort wurde von der CSU nicht im ursprünglichen Wortsinn verwendet. Wir nennen die Gespräche "Bildungskonferenzen", in denen es um die inhaltliche Neugestaltung des Gymnasiums geht. Wir sind der Meinung, dass man alle Betroffenen an den Tisch holen muss: die Schülerinnen und Schüler – die haben nämlich auch Anregungen, Ideen und Vorstellungen, wie sie das Gymnasium haben möchten –, natürlich auch die Eltern und selbstverständlich auch die Lehrkräfte. Das ist eine echte Chance, die man in diesem Schuljahr nutzen könnte. Bisher haben Sie wenig über die Inhalte gesprochen; Sie haben in erster Linie über die Strukturen gesprochen.

Was natürlich auch wichtig ist, das fordern wir in diesem Masterplan: Entwickeln Sie ein Übergangsmanagement. Was passiert mit dem Jahrgang 2017/2018, falls das G 9

erst zum Schuljahr 2018/2019 eingeführt wird? Wie sieht es mit den Jahrgängen aus, die schon jetzt am Gymnasium sind? Werden die ins G 9 mitgenommen? Und so weiter und so fort. Es gibt eine Menge offener Fragen, die dringend geklärt werden müssen.

Vielen von uns ist natürlich auch eine ganz klare finanzielle Ansage wichtig: Was sind die Lehrerbedarfe, was braucht es mehr an Räumen? Unsere Kommunen als Sachaufwandsträger müssen das wissen. Da gehen wir konform mit Uli Maly, dem Städtetagspräsidenten. Wir fordern, dass der Mehrbedarf an Lehrkräften und Räumen zu 100 % vom Freistaat übernommen werden muss. Unseres Erachtens greift nämlich da das Konnexitätsprinzip, das Sie immer so gerne ausblenden.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern eine rasche Entscheidung. Diese Entscheidung wollen wir von Ihnen hören, Herr Minister Spaenle, möglichst rasch und kompetent.

(Beifall bei der SPD)

Vor allem – das muss man auch sagen; ich und auch Kollege Piazolo haben das schon angesprochen – sind bei der Einführung des G 8 immense Fehler gemacht worden. Man muss sich die Zeit nehmen nachzudenken, um diese Fehler zu vermeiden. Das G 8 war eine Hopplahopp-, eine Hauruck-Entscheidung. Ich bitte Sie, die Chance zu ergreifen; denn so etwas darf zum Wohle der Schülerinnen und Schüler, zum Wohle der Eltern und vor allem der Lehrkräfte und Schulleiter, die das vor Ort ausbauen müssen, nicht mehr passieren. Ich erwarte, dass Sie diese Chance nutzen. Schluss mit dem Hin und Her! Schluss mit dem Herumgeeiere. Machen Sie endlich Nägel mit Köpfen! Eine klare Ansage jetzt, Herr Minister! Sie sind gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt hat Herr Kollege Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit den Schülerinnen und Schülern beginnen, die wir nicht vergessen sollten, wenn wir über dieses Thema sprechen. Gutes Lernen braucht Zeit für Schülerinnen und Schüler. Es braucht Zeit, um nachzudenken, um zu reflektieren, um etwas zu vertiefen. Das G 8 bedeutet zum Beispiel zu wenig Zeit, um das Gelernte praktisch anzuwenden, um zu üben. Ein Lernen, das nur Druck schafft, ist kein gutes Lernen. Eine Schule, die nur Druck macht, ist keine gute Schule. Deswegen muss das G 8 beendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Politisch ist die Sache ganz klar. Kollege Reichhart, Vorsitzender der Jungen Union, hat deutlich gesagt: Die Marke G 8 ist verbrannt. Sie ist auch nicht mehr zu retten. Das G 8 ist ins Kippen gekommen. Ins Kippen gebracht hat es der Ministerpräsident Seehofer mit seinen Äußerungen, dass er wieder zum G 9 zurück will. Man kann jetzt zuschauen, wie die ganze Lage kippt. Der Einzige, der bei diesem Kippen noch schleudert, ist die CSU-Fraktion.

Die Eltern haben sich klar geäußert. In einer Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern – LEV – waren 80 % der Eltern für die Einführung des G 9. 8 % der Eltern sind für das Wahlmodell G 8/G 9, das der Kultusminister entwickelt hat. Der Philologenverband hat sich geäußert. Der BLLV hat sich geäußert. Die Schülerinnen und Schüler haben sich geäußert und haben in Jugendsprache gesagt: Make G 9 again. Auch der Städtetag und der Landkreistag haben sich ganz klar geäußert. Alle sind dafür, das G 9 einzuführen. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, muss man jetzt schnell entscheiden. Das hat auch Kollege Reichhart gesagt. Jetzt brauchen wir die schnelle Entscheidung für das G 9.

Man muss schon sagen: In der gesamten Debatte spielt Minister Spaenle eine unglückliche Rolle, um es vorsichtig auszudrücken. "Der neue Tag" spricht davon, dass Kultusminister Spaenle eine Menge pädagogischen Irrsinn vertreten hat und nicht die glücklichste Figur macht. Ich denke an den Irrsinn und die Vorschläge, die kamen, etwa an das G 8 und G 9 der zwei Geschwindigkeiten als Wahlmöglichkeit. Das ist in der gesamten Bildungsszene völlig durchgefallen. Alle haben gesagt: Bitte so nicht; dann lieber G 9. Das haben auch G-8-Befürworter gesagt. Nach diesem Vorschlag waren alle beim G 9. Zumindest das hat Herr Spaenle erreicht.

Auch die Mittelstufe Plus war von Anfang an – das haben wir deutlich gemacht – ein totgerittenes Pferd. Sie hat nicht funktioniert. 47 Schulen haben dieses Modell angewandt. Es ist klar: Dieses Modell wird nicht fortgesetzt. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen, viel pädagogische Energie ist verschwendet worden. Letztendlich hat die Mittelstufe Plus nicht dazu geführt, die Schulen besser zu machen, sondern dies hat den Umstieg zum G 9 verhindert und verzögert.

Deswegen brauchen wir jetzt eine schnelle Entscheidung. Pädagogische Konzepte müssen entwickelt werden. Wir brauchen die schnelle Entscheidung für das G 9. Diese Entscheidung brauchen die Eltern, die ihr Kind zum Beispiel auf das Gymnasium schicken wollen, und die Schülerinnen und Schüler. Sie müssen wissen: Wie lange dauert diese Schule, auf die ich mein Kind schicke? Diese Entscheidung brauchen die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulentwicklung betreiben. Sie müssen wissen: Wofür investiere ich meine Zeit, wenn ich in einer Arbeitsgruppe tätig bin? Diese Entscheidung brauchen die Kommunen. Städtetag und Landkreistag haben das geäußert. In Mering sind die Planungen und Bauarbeiten für den Umbau des Gymnasiums gestoppt worden, weil gesagt wurde: Wenn ein G 9 kommt, müssen wir noch einmal umbauen, müssen wir anders planen, müssen wir neu bauen. Alle warten täglich auf die Entscheidung, wohin die Reise geht, ob jetzt das G 9 kommt oder nicht. Eine schnelle Entscheidung ist notwendig. Wenn Sie noch ein Gefühl für Ihre kommunalen Partnerinnen und Partner haben, müssen Sie sich schnell für das G 9 entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Entscheidung brauchen auch die Schulen, die die Mittelstufe Plus eingeführt haben. Wir haben immer gesagt, dass wir von diesem Modell nichts halten. Vor Ort ist nachgefragt worden. 60 % der Eltern haben sich für dieses Modell entschieden. Diese darf man jetzt nicht am langen Arm verhungern lassen. Diese müssen wissen, wie es weitergeht, und brauchen die klare Ansage: Es gibt ein G 9. Wir brauchen einen eigenen Weg, einen schnellen Weg für diese Schulen zum G 9. Diese Entscheidung muss jetzt gefällt werden, jetzt im März, wenn die Entscheidungen für das kommende Schuljahr gefällt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist klar: Das G 9 muss ein gutes G 9 sein. Wir brauchen eine pädagogische Reform. Wir brauchen dafür 1.000 Lehrerstellen. Wir brauchen Zusagen an die Kommunen für die Finanzierung der Schulumbauten und der Schulerweiterungsbauten.

Es ist aber alles gesprochen. Der Dialog ist geführt. Alle haben sich klar zum G 9 geäußert. Der Einzige, der ständig einen Dialog mit sich selbst führt, ist die CSU-Fraktion. Sie müssen diesen immerwährenden Dialog mit sich selbst endlich beenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist klar: Die schwarze Kugel G 8 muss versenkt werden. Die Kugel liegt bei Ihnen auf dem Tisch. Stoßen Sie zu! Machen Sie ein Ende. Versenken Sie G 8. Machen Sie G 9!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gehring. Bitte bleiben Sie noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollegin Brendel-Fischer gemeldet. Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Gehring, wie erklären Sie sich denn die Tatsache, dass trotz des lange Jahre bestehenden G 8 die Übertrittsquote an das Gymnasium so deutlich gestiegen ist? Sie haben doch so betont, dass die Eltern nicht wissen, ob es acht oder neun Jahre dauert. Wieso konnte dann in den letzten Jahren überhaupt ein solcher Anstieg stattfinden?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Gehring, bitte.

Thomas Gehring (GRÜNE): Tatsächlich haben sich die Übertrittsquoten erhöht. Dazu muss man sagen, dass Bayern mit Blick auf andere Bundesländer nachgeholt hat. Der Druck auf das Gymnasium war vorhanden. Trotzdem ist das G 8 kein Erfolgsmodell. Trotzdem hat sich gezeigt, dass die Eltern mit dem G 8 nicht zufrieden sind. Trotzdem ist das G 8 nicht aus dem Gerede gekommen. Trotzdem haben Sie es nicht geschafft, das G 8 sozusagen in ruhiges Fahrwasser zu bringen. Letztendlich ist das G 8 politisch gescheitert. Die Ansage zu diesem politischen Scheitern hat Ihr eigener Ministerpräsident gemacht. Jetzt müssen Sie endlich Farbe bekennen und diesem G 8 tatsächlich ein Ende machen. Sie können es nicht mehr mit heilenden Worten retten. Nein, Sie müssen sich jetzt entscheiden.

(Zuruf von der CSU: Gehring widerspricht sich!)

Sie können jetzt nicht mehr herumeiern. Das hilft nicht mehr weiter. Sie müssen sich jetzt entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist Herr Kollege Lederer. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ehemaliger Gymnasiallehrer liegt mir natürlich das Gymnasium ganz besonders am Herzen. Nichtsdestoweniger bräuchte ich deshalb nicht fast wöchentlich entweder im Aus-

schuss oder im Plenum Anträge zum Gymnasium. Man fühlt sich dadurch nämlich schon sehr an den Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" erinnert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Ja, das Gymnasium ist wichtig.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Diese Anträge tun weh! Das glaube ich!)

Es ist in unserem differenzierten Schulsystem eine wichtige Schulart. Aber aufgrund der ständigen Anträge zum Gymnasium könnte die Öffentlichkeit schon fast der Meinung sein, dass wir im Bildungsausschuss nur noch das Gymnasium und nur noch die akademische Bildung im Blick haben. Das ist aber mitnichten so. Auch wir im Bildungsausschuss, insbesondere wir von der CSU, sind der Meinung, dass alle anderen Schularten genauso wichtig sind, egal, ob es Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen, Förderschulen oder berufliche Schulen sind,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Stellen Sie halt einmal Anträge zur Realschule! Sprechen Sie hier jetzt aber zur Sache! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und dass die berufliche Bildung mit der akademischen Bildung völlig gleichwertig ist.

(Florian von Brunn (SPD): Lassen Sie bitte die anderen Schulen in Ruhe!)

Mir war es einfach wichtig, dies eingangs zu betonen, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit auch die Damen und Herren, die heute zu Besuch hier sind, nicht den Eindruck haben, dass es bei uns nur noch um das Gymnasium geht. Bildung ist etwas breiter gefächert.

(Beifall bei der CSU)

Das Gymnasium liegt mir am Herzen. Es ist eine gute, wichtige Schulart in unserem differenzierten Schulsystem. Und: Unser Gymnasium hat ein hohes Niveau. Das zeigen nationale und internationale Bildungsstudien. Wir brauchen uns wirklich nicht zu verstecken. Es gibt einen Spruch, den wir sicherlich alle unterschreiben können: Es ist schwierig, an die Spitze zu kommen, aber noch schwieriger, an der Spitze zu bleiben. Damit wir auch im Bildungssektor an der Spitze bleiben, müssen wir immer dann, wenn es notwendig ist, das eine oder andere optimieren bzw. weiterentwickeln. Aber jede Änderung birgt natürlich die Gefahr des Absturzes.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen haben Sie das G 8 eingeführt?)

Wenn wir in diverse andere Bundesländer schauen, die ihr jeweiliges Schulsystem sehr schnell und umfänglich reformiert haben, dann sehen wir, wohin ein solches Vorgehen führen kann. Schon der Blick in ein bestimmtes Nachbarland belehrt uns darüber.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Geschwurbel, Geschwurbel, Geschwurbel! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer schon zur Spitzengruppe gehört, muss sich sehr genau überlegen, an welchen Stellschrauben er wie stark dreht. Wenn zu große Veränderungen auf einmal vorgenommen werden, wächst eben nicht nur die Chance auf positive Auswirkungen, sondern auch die Gefahr negativer Auswirkungen. Deshalb sollten wir die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums mit Sorgfalt betreiben.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Fall geht Sorgfalt vor Schnelligkeit.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, ja!)

Da soeben ständig die Einführung des G 8 thematisiert wurde, sage ich: Wir sollten aus diesen Erfahrungen lernen und im Zuge der Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums wie gewohnt unsere Verbände einbinden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Gute Idee!)

Dabei geht es uns aber um einen ehrlichen Dialog, in dem Anregungen aufgenommen, abgewogen und gespiegelt werden. Es muss möglich sein, über das eine oder andere zu diskutieren, das heißt, um den besten Weg zu ringen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Konkret? – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das eine Büttenrede?)

Der Dialogprozess muss ergebnisoffen gestaltet sein.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was sind denn das für Luftblasen? – Mein Gott!)

– Herr Kollege, ein ehrlicher Dialog sollte einen zeitlichen Rahmen haben – natürlich. Dieser sollte aber nicht absolut gesetzt sein, damit man hier und da noch etwas nachdiskutieren bzw. nachverhandeln kann.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Nachverhandeln?)

Auch wir sind der Meinung, dass wir mit dem Dialog zu einem Ende kommen sollten. Wir halten es aber nicht für zielführend, ihn durch Zustimmung zu den drei heute vorliegenden Anträgen der Oppositionsfraktionen abrupt abzubrechen.

(Martin Güll (SPD): Einfach zustimmen!)

Jetzt gehe ich auf die drei Dringlichkeitsanträge ein. Die FREIEN WÄHLER möchten "schnellstmöglich eine Entscheidung", um – sehr interessant – "endlich auch" über Inhalte diskutieren zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob Sie an Amnesie leiden.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2014 hat die CSU in Banz ein Papier beschlossen. Darin ist klar festgelegt, auf welchen vier Säulen die Weiterentwicklung des Gymnasiums ruhen soll: Inhalte, das heißt Lehrplan; Pädagogik; Lehrerfortbildung; Lernzeit.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das ist drei Jahre her!)

Seit über drei Jahren wissen wir genau, wohin die Reise geht.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Aber Sie tun so, als ob das etwas Neues wäre.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren von der Opposition, es ist schon sehr interessant, dass das für Sie etwas ganz Neues ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unglaublich! Kommt noch etwas?)

– Ich komme noch darauf zu sprechen, warten Sie ab. – Klar ist, dass es in dieser Diskussion um Inhalte geht. Anscheinend haben die Bildungspolitiker der Opposition die Anhörung, die im Jahr 2014 stattfand, vergessen. Damals ist uns allen von den Fachleuten mitgeteilt worden, dass die Lernzeit nicht am Anfang der Entscheidung steht. Es geht nicht in erster Linie um G 8 oder G 9, sondern es geht darum, mit welchen Inhalten das Gymnasium gefüllt werden soll.

(Martin Güll (SPD): Genau!)

Erst dann stehen wir vor der Frage G 8 oder G 9.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Ich denke, in Banz ist schon alles beschlossen worden?)

Jetzt komme ich auf den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zu sprechen. Dieser geht – genauso wie der Antrag der FREIEN WÄHLER – in die andere Richtung. Unter Nummer 1 fordern Sie die sofortige Entscheidung in Richtung G 9. Erst dann wollen Sie sich Gedanken darüber machen, wie es mit der "Mittelstufe Plus" weitergehen soll, wie das Übergangsmanagement aussehen soll und welche inhaltliche Neugestaltung notwendig ist. Das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU)

Man muss die wesentlichen inhaltlichen Fragen zuerst in den Blick nehmen; denn deren Beantwortung hat Auswirkungen darauf, ob es ein achtjähriges oder ein neunjähriges Gymnasium sein soll. Ich habe es schon gesagt: Auch die SPD fordert eine sofortige Grundsatzentscheidung in Richtung G 9. Das ist fast schon typisch.

(Martin Güll (SPD): Wir fordern einen Masterplan!)

Erst mit dem allerletzten Spiegelstrich werfen Sie die Frage auf, wie Ihr Vorhaben finanziert werden soll. Das mag für eine Oppositionspartei wie die SPD durchaus legitim sein. Sie müssen sich nicht unbedingt vorher über die Finanzierung Gedanken machen, sondern können einfach behaupten, das werde sich schon irgendwie richten.

(Unruhe bei der SPD)

Das Schlimme ist nur, dass die SPD so auch in den Ländern handelt, in denen sie regiert. Das ist das eigentlich Traurige. Auch dort werden zunächst Grundsatzentscheidungen getroffen, und die Finanzierung muss leider hintanstehen. Entsprechend hoch sind die Verschuldungsstände in diesen Ländern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist wirklich eine nette Unterhaltung!)

Kommen wir zum dritten Dringlichkeitsantrag, dem der GRÜNEN. Herr Gehring, Sie haben gesagt, durch die Pilotphase zur "Mittelstufe Plus" sei wertvolle Zeit verloren gegangen. Das trifft nicht zu. Ich erinnere daran, dass Sie damals, genau zu jener

Zeit, noch das Gymnasium "im eigenen Takt" gefordert haben. Das Gymnasium "im eigenen Takt" wäre zwar nicht KMK-konform gewesen und hätte dazu geführt, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht in ganz Deutschland studieren könnten. Aber das haben Sie damals gefordert. Mittlerweile, zwei Jahre später, sind auch Sie ein Stück weitergekommen. Der Dialogprozess hat selbst auf die GRÜNEN Auswirkungen gehabt; denn mittlerweile fordern Sie das nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Alle kommen weiter, nur Sie nicht!)

Eines ist sehr interessant: Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass alle Gesprächspartner ein klares Bekenntnis zum neunjährigen Gymnasium abgelegt hätten und nur die CSU sich nur noch mit sich selbst unterhalte. Ich frage Sie, was für ein neunjähriges Gymnasium Sie wollen: das Modell des Philologenverbandes oder das des BLLV? Wollen Sie ein neunjähriges Gymnasium, das eher den Vorstellungen der Landes-Eltern-Vereinigung entspricht, oder eines, das der Idee der Vereinigung der Direktorinnen und Direktoren nahekommt? – Genau diese Fragen besprechen wir vorher mit den Verbänden. Wir treffen nicht eine Entscheidung nach dem Motto: Jetzt machen wir G 9; dann, liebe Verbände, schauen wir einmal, wie wir eure Ideen noch einbringen können. – Nein, umgekehrt muss es laufen. So handelt auch unser Minister. Deswegen unterstützen wir ihn. Genau aus diesem Grund müssen wir leider ihre drei Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Geschwurbel, Geschwurbel!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Lederer. – Der nächste Redner ist Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte schön, Herr Dr. Spaenle.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir erleben den wöchentlichen G-8/G-9-Hühnerhaufen. Anders kann man es wirklich nicht mehr bezeichnen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Den schwarzen Hühnerhaufen?)

Wir gehen auf dem Weg weiter, den die Staatsregierung im vergangenen Juli beschlossen hat, fußend auf den Banzer Beschlüssen von 2014; Herr Kollege Lederer ist darauf schon eingegangen. Unser Ziel ist eine umfassende Weiterentwicklung des Gymnasiums mit den Schwerpunkten Gymnasialpädagogik, individuelle Lernzeit, Ganztag und der Frage der Lehrplanentwicklung.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Keine Fragen stellen! Antworten geben!)

Wir haben beschlossen, einen Zeitplan aufzusetzen, der aus zwei Phasen besteht. Die erste Phase, die Dialogphase, sehen wir kurz vor der Beendigung. Wir haben mit allen Gruppen der bayerischen Schulfamilie, den Sachaufwandsträgern, den privaten Schulträgern und natürlich mit Ihnen hier im Parlament, vor allem im Fachausschuss, eine umfassende Diskussion über die Weiterentwicklung des Gymnasiums geführt.

In der nächsten Phase – das haben wir schon im August vergangenen Jahres öffentlich gesagt – werden sich Regierungsfraktion und Staatsregierung eine Meinung bilden, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung treffen zu können. Falls wir uns bei der gymnasialen Schulzeit für eine Veränderung entscheiden sollten – ich sage ausdrücklich "falls", da ich der Meinungsbildung meiner Fraktion nicht vorgreifen möchte –, wird diese Entscheidung so früh bekannt gegeben, dass die entsprechenden Veränderungen z.B. der Gymnasialschulordnung, der Stundentafel und des Lehrplans rechtzeitig vorgenommen werden können. Zu diesem Vorgehen hat sich die Staatsregierung selbst verpflichtet. Es ginge dann auch um weitere Fragen, etwa um den veränderten Lehrerbedarf und um zusätzliche Kosten. Dazu bedürfte es eines Konsultationsverfahrens mit den betroffenen Kommunen.

Alle diese Fragen wollen wir bis zum Ende des laufenden Schuljahres klären bzw. Antworten darauf finden, damit für alle Beteiligten klare Entscheidungsgrundlagen, klare

inhaltliche Vorgaben und damit Planungssicherheit geschaffen werden. Wenn dies gelingt, dann kann zum Schuljahr 2018/2019 ein geändertes Schulrecht in Kraft treten.

Dies ist der Fahrplan, den die Staatsregierung im vergangenen August beschlossen hat und der der gesamten bayerischen Bildungslandschaft geläufig ist. Diesen Weg gehen wir. Wenn Sie ihn mitgehen wollen, ist mir das recht. Ansonsten werden Sie weiterhin unser Nachbar auf dem bildungspolitischen Hühnerhof sein.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch Herr Kollege Güll zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was kann man eigentlich als Bürger oder als Bürgerin erwarten, wenn man eine Staatsregierung hat? Kann man da nicht erwarten, dass ein Kultusminister bei einer sich abzeichnenden Veränderung kraftvoll nach vorne geht und eine klare pädagogische Ansage macht? Kann man und darf man das erwarten,

(Beifall bei der SPD)

oder muss man darauf bauen, dass es einen Ministerpräsidenten gibt, der die Zeichen der Zeit erkannt hat und dem Kultusminister sagt, wie er eine bildungspolitische Entscheidung angehen muss? – Ich frage Sie: Was dürfen wir jetzt erwarten? Herr Staatsminister, hier handelt es sich doch um Ihr Ressort, um Ihre Zuständigkeit und um Ihre Fachlichkeit. Sie müssen uns sagen, wie ein modernes neues Gymnasium aussieht. Dieses Thema kann man doch nicht auf irgendjemanden delegieren. Sie sollten Eckpunkte festlegen, über die wir dann reden und die wir da und dort angleichen können. Wir brauchen hier den umgekehrten Prozess. Wir sind es leid, diese Diskussion hier immer wieder führen zu müssen. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der SPD – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir sind es auch leid!)

Das versteht draußen kein Mensch mehr. Herr Kollege Lederer, in der Tat, es gibt in der Bildungspolitik andere Themen. Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und ihre Lehrerinnen und Lehrer haben es aber verdient, dass wir über dieses Thema fundiert und sauber sprechen. Sie sollten deshalb nicht immer sagen: Wir sind im Zeitplan! Wir sind im Zeitplan!

Jetzt ist die Zeit für eine Ansage. Für Sie müsste es doch ganz einfach sein, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, da damit nur die Erstellung eines Plans gefordert wird, wie dieses Thema zu managen ist. Dagegen spricht doch nichts. Damit wären wir miteinander auf dem richtigen Weg. Sie sagen dazu Nein. Sollte es uns bei dieser Diskussion nicht gelingen, am Ende zu einem Schulfrieden zu kommen, weiß ich nicht, wie wir diese Diskussion in den nächsten Jahren weiterführen sollen.

Ich sage hier und heute: Sollten wir das gemeinsam hinbringen, werden wir von der Opposition sagen: Die Sache ist erledigt. Mit diesem Gymnasium gehen wir in die nächsten 20 Jahre. Mit dieser Herumeierei kommt in diese Diskussion aber keine Ruhe. Das ist Ihre Verantwortung, nicht unsere.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nur die Opposition eiert herum!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Güll. – Nun hat sich Herr Staatsminister Dr. Spaenle noch einmal zu Wort gemeldet.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Kollege Güll! Zum Verfahren, zum Vorgehen und zu den Themenfeldern, mit denen wir die Entwicklung des Gymnasiums vorantreiben wollen, ist alles Notwendige gesagt. Eines wundert mich aber, nämlich Ihr Verständnis von parlamentarischer Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte das für sehr bemerkenswert. Wir haben die Entscheidungsalternativen klar benannt. Wir haben Themenfelder, die wir inhaltlich vertieft zu bearbeiten haben. Die

Regierungsfraktion befindet sich derzeit in der Meinungsbildung. Wir haben einen mehrmonatigen Dialogprozess angekündigt, der momentan durchgeführt wird. Die Staatsregierung und meine Fraktion nehmen in diesen Tagen eine inhaltliche Richtungsbestimmung vor. Die gewonnenen Erkenntnisse werden jetzt zu einer wichtigen Entscheidung mit den entsprechenden Folgeentscheidungen gerinnen. Sie erwecken gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck, als ob Sie die Rolle des Parlaments in der wichtigsten bildungspolitischen Frage dieser Legislaturperiode ignorieren wollten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15593, das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die Fraktion der CSU.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Zählen!)

Stimmennhaltungen? – Keine Enthaltungen.

Die genaue Zahl der Stimmen ist in der Tat nicht klar. Deshalb würde ich sagen, wir führen einen Hammelsprung durch. – Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Plenarsaal zu verlassen. Der Hammelsprung wird vorbereitet.

(Folgt Abstimmung gemäß § 129 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags)

Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie die Plätze ein, damit wir sehen können, ob die Zählung abgeschlossen ist. – Ich schließe die Abstimmung.

(Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sobald Sie die Plätze eingenommen haben, kann ich das Ergebnis der Abstimmung bekanntgeben. Das Ergebnis der Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/15593 lautet: Mit Ja haben 63 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 81, Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der SPD: Ein Wunder ist geschehen! – Glocke der Präsidentin)

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/15595 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Glocke der Präsidentin)

Ich würde gerne fortfahren mit der Abstimmung. – Wer dem Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/15597 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.